

»Vorwärts, nach hinten«: Die illiberale Wende in Ostmitteleuropa

Jacques Rupnik

»Die Ära der liberalen Nichtdemokratie
ist beendet. Was für ein Tag! Was für ein
Tag! Was für ein Tag!«¹

Viktor Orbán

»Vorwärts, nach hinten!« Diese Aufforderung habe ich einmal in einer Straßenbahn in Warschau gehört. Ich schlage sie als Parole für eine mächtige Internationale vor, die niemals das Licht der Welt erblicken wird.«² So beginnt eine denkwürdige Schrift von Leszek Kolakowski mit dem Titel »Wie man ein konservativ-liberaler Sozialist sein kann«.

»Vorwärts, nach hinten« wäre tatsächlich ein angemessener Titel für eine Untersuchung des Rückschritts der liberalen Demokratie in Kolakowskis Heimat Polen und anderen Teilen Ostmitteleuropas in den mehr als drei Jahrzehnten seit Ende ihrer kommunistischen Regimes und fast zwanzig Jahren nach ihrem EU-Beitritt.

»Rückschlag« ist der Begriff, den der ungarische Politikphilosoph Oskar Jaszi in den 1920er Jahren für sein Land unter der Regierung Horthy verwendete. Er übernahm das Konzept aus der Psychoanalyse, die lehrt, dass in Krisenzeiten alte Strukturen wieder hervortreten. Die alten Strukturen, die heute wieder zum Vorschein kommen, sind jedoch nicht die des Kommunismus, wie einige glauben machen wollen, sondern vielleicht noch ältere vor-

1 Viktor Orbán im Interview mit Peter Foster, *The Daily Telegraph*, 11. November 2016. Das Interview fand am Tag nach der Wahl von Donald Trump zum Präsidenten der USA statt.

2 Kolakowski, Leszek: *Comment être socialiste+conservateur+libéral: Credo*, Paris: Les Belles Lettres 2017.

kommunistische Strukturen, die wieder in den Diskurs und die politische Praxis Einzug halten.

Als die politischen Führer Polens und Ungarns Jaroslaw Kaczynski und Viktor Orbán im Herbst 2016 in Krynica zusammenkamen, feierten Sie den Brexit und forderten eine »Gegenrevolution« in Europa. Früher trafen sich die Dissidenten von Solidarnosc und Charta 77 an der Grenze zwischen Polen und der Tschechoslowakei, um demokratische Strategien für die Opposition zu entwickeln. Heute treffen sich zwei aus ihren Reihen in der Tatra als Vertreter zweier Länder, die längst als Erfolgsstorys der Nachwendezeit in Ostmitteleuropa gelten, und rufen zu einer »Gegenrevolution« in Europa auf.

Die illiberale Regression hat Auswirkungen auf Institutionen und Verfahren in der liberalen Demokratie

Die illiberale Regression hat in den Ländern Ostmitteleuropas unterschiedliche Auswirkungen, zeigt sich aber hauptsächlich in der Erosion wichtiger Institutionen und Verfahren der liberalen Demokratie, insbesondere der Gewaltenteilung und der Rechtsstaatlichkeit (der unabhängigen Rechtsprechung). Dazu gehört auch der Angriff auf die unabhängigen Medien: Der staatliche Rundfunk wird in beiden Ländern von der Regierung kontrolliert, auch wenn in Polen weiterhin einige freie Medien publizieren. Insbesondere in Polen und Ungarn, doch in geringerem Maße auch anderswo, stehen die Grundsätze und Werte der liberalen Demokratie infrage.

»Der neue Staat, den wir aufbauen, [ist] kein liberaler Staat, sondern ein illiberaler Staat.«³ Etwas, das nicht liberal ist, kann noch eine Demokratie sein.«³ Mit dieser Rede machte sich Viktor Orbán 2014 einen Namen, als er das Konzept der »illiberalen Demokratie« von Fareed Zakaria entlieh, um den Hang seiner Regierung zum Autoritarismus theoretisch zu untermauern.

Zakaria warnt vor der Ausbreitung von Staatsformen, in denen zwar gewählt wird, aber keine Rechtsstaatlichkeit herrscht. Diese werden jedoch von einigen äußerst selbstbewussten konservativen Liberalismuskritikern als erstrebenswert aufgefasst (unter anderem von den polnischen Autoren Legutko, Krasnodebski, Cichocki und Wildstein). Das beharrliche Bestehen

3 Orbán, Viktor: »Speech at the XXV Bálványos Free Summer University and Youth Camp«, Băile Tușnad, 26. Juli 2014. <http://budapestbeacon.com/>

des Liberalismus auf Verfassungen, gegenseitiger Kontrolle der Staatsorgane und auf der Rechtsstaatlichkeit wird dargestellt als eine Unterdrückung der Volkssouveränität durch mit der EU verbandelte Eliten oder ungewählte und angeblich politisch neutrale Institutionen wie Verfassungsgerichte und Zentralbanken. Kaczynski zufolge geht es darum, die Fesseln des »konstitutionellen Impossibilismus« abzulegen. Das Pendant zur uneingeschränkten Volkssouveränität ist die Staatssouveränität. Das Wohl des Nationalstaats steht dabei unausweichlich im Zentrum der Innen- und Außenpolitik als eine ethnisch definierte Nation, die vor äußeren Eindringlingen geschützt ist, egal ob es sich um Migranten oder EU-Institutionen handelt.

»Hunde, die bellen«

Wie ist es aber so weit gekommen, von der Wende zur liberalen Demokratie 1989 bis hin zur »illiberalen Versuchung« des letzten Jahrzehnts?

Sicher, einige polnische Intellektuelle warnen schon länger davor. Bronislaw Geremek, Historiker und prominenter Vertreter der demokratischen Opposition in Polen, nannte bereits im Juni 1990 drei Gefahren für die neu entstehende Demokratie. Die erste sei der Populismus im Verbund mit weit verbreiteten »egalitären Illusionen«. Zweitens, »die Versuchung, autoritäre Regierungen einzusetzen« und drittens, der Nationalismus, die starke Kraft, die einst den kollektiven Widerstand gegen den Kommunismus antrieb, die sich aber in einer destabilisierten Gesellschaft schnell zu Chauvinismus wandeln könne. Adam Michnik, einer der polnischen Dissidentenführer und seit 1990 Herausgeber der Tageszeitung *Gazeta Wyborcza*, warnte im Frühjahr 1991 bei einer Konferenz in Krakau vor der Bedrohung durch den nationalistischen Fundamentalismus, der die demokratische Debatte einzuschränken suche, und vor religiösem Fundamentalismus, also der Versuchung, die Grenzen zwischen Religion und dem säkularisierten öffentlichen Leben aufzulösen. Und schließlich sei da noch die populistische Einstellung »wir gegen die anderen«, die einer Gesellschaft nach jahrzehntelangem Widerstand gegen einen totalitären Staat anhängen kann, jedoch einem Pluralismus nicht besonders förderlich ist.

Seine Befürchtungen bewahrheiteten sich nicht und wurden schließlich unter der Kategorie »Hunde, die bellen, beißen nicht« abgetan. Ungarn und Polen galten als die Erfolgsgeschichten der Nachwendezeit. Gemeinsam mit

den Tschechen, Slowaken, Slowenen und Balten traten sie 2004 der EU bei, womit ihre Demokratisierung als abgeschlossen galt. Wie kam es also zu diesem anti-liberalen Rückschlag? Dafür gibt es eine Reihe möglicher Erklärungen, von denen keine die alleinige Wahrheit beansprucht.

Fünf Hypothesen über den illiberalen Rückschlag

Erste Hypothese: Die im westlichen Diskurs über den Aufstieg des Populismus am weitesten verbreitete Hypothese stützt sich auf sozioökonomische Argumente und lässt sich mit »Gewinner und Verlierer« der Nachwendezeit überschreiben. Damit fügt sie sich ein in die Argumentation über die Verlierer der Globalisierung und den Wegfall der Unterstützung der Mittelschicht für den Liberalismus. Sicher gibt es hier entscheidende regionale Unterschiede, nicht zuletzt die Kluft zwischen den Haupt- und Großstädten gegenüber den Kleinstädten und ländlichen Gebieten, in denen der neue Wohlstand des Landes nie angekommen ist. Die liberalen Marktwirtschaftler (Balcerowicz in Polen, Klaus in der Tschechischen Republik und Bokros in Ungarn), die in Ostmitteleuropa seit fast 20 Jahren an der Macht sind, haben die soziale Frage vernachlässigt und damit ein Vakuum geschaffen, das die Fidesz- und PiS-Partei mit großzügigen Zuwendungen füllen konnten, als sie an die Macht kamen. Dieses Paradoxon lässt sich auch auf den Niedergang der sozialistischen Parteien übertragen: Kulturell rückten sie nach »links« (liberal) und wirtschaftspolitisch nach »rechts« (marktfreundlich), wohingegen die Konservativen sich entgegengesetzt entwickelten und kulturell noch weiter nach rechts rückten, jedoch bei sozioökonomischen Themen eine »linkere« Position einzunehmen begannen. Deshalb, so wird argumentiert, ist der populistische Schlag gegen den politischen Liberalismus der Preis für dessen Kollusion mit dem Wirtschaftsliberalismus.

Die zweite Hypothese befasst sich damit, inwieweit der Liberalismus durch den Nationalismus infrage gestellt wird. Die Flüchtlingskrise 2015 war der Katalysator (nicht der Grund) für ein Wiedererstarben der Identitätspolitik basierend auf einer organischen Auffassung von Staat.⁴ Wichtig zu bedenken ist hier, dass der vorherrschende Staatsbegriff in Ostmitteleuropa eher

4 Im Parteiprogramm der PiS heißt es: »Der Staat ist eine reale Gemeinschaft, geschaffen durch eine gemeinsame Sprache und ein gesamtes semiotisches System, eine gemeinsa-

von der deutschen Kulturnation geprägt war als von der französischen Idee eines »Bürgerstaats«. Für diese alten Nationen, die ihre Eigenstaatlichkeit eingebüßt hatten und deren »Existenz nicht offenkundig« (Kundera), also nicht unangefochten war und die später politische Anerkennung als Nationalstaat suchten, waren Sprache, Kultur und Religion, d.h. die Schlüsselemente der Staatsbildung im 19. Jahrhundert, von besonderer Bedeutung. Der große ungarische Politikphilosoph Istvan Bibo argumentierte in »Das Elend der kleinen Staaten Osteuropas«, dass die Demokratie dann in Gefahr ist, ja eine Faschismusgefahr besteht, »wenn die Sache der Freiheit in Konflikt gerät mit der Sache des Staates«⁵. In anderen Worten: In ostmitteleuropäischen Staaten, deren Staatlichkeit und bloße Existenz fragil ist, kommt die kollektive Freiheit des Staates immer vor den individuellen Freiheiten, auf denen die liberale Demokratie aufbaut. Die erste Pflicht der Staatsmacht ist somit, den Staat (und seine kulturelle Identität) zu schützen. Ein Argument, das vor dem Hintergrund einer riesigen Migrationswelle und des demografischen Wandels umso schwerer wiegt.

Die Angst vor Überalterung und dem »großen Austausch« konnten sich die politischen Eliten leicht zunutze machen (Orbán und Kaczynski, aber auch Fico in der Slowakei oder Babis in der Tschechischen Republik), weil die Bevölkerungszusammensetzung dort im klaren Kontrast zu der in westeuropäischen Ländern steht. Der Zweite Weltkrieg, die Bevölkerungsverluste, aber auch Flucht und Vertreibung schufen homogene Nationalstaaten in der Region. Dies wurde durch den Eisernen Vorhang im Kalten Krieg nur verstärkt. Man konnte nicht hinaus, doch es kam auch niemand herein. Die Ostmitteleuropäer machten nicht die Erfahrung der Migration aus den ehemaligen Kolonien nach Westeuropa. Auch teilen sie nicht das postkoloniale Schuldgefühl, welches ihrer Ansicht nach zur Aufnahme der nicht-europäischen Migranten und zum liberalen Multikulti-Ideal geführt hat. Orbán sagte selbst dazu: »Entweder haben wir eine Staatsregierung, dann bleibt Ungarn ungarisch und Europa europäisch. Oder wir haben eine internationalistische Regierung, die im Prinzip aus George Soros besteht. Dann wird das Land ein Migrantenland.«⁶

me Kultur, ein gemeinsames historisches Schicksal und durch Solidarität.« Das »semiotische System« ist offensichtlich eng verbunden mit dem Katholizismus.

5 Bibo, Istvan: Das Elend der kleinen Staaten Osteuropas, Paris: Albin Michel 1944/1993.

6 Radio Kossuth, 06.04.2016.

Dritte Hypothese: Kulturkampf. In seinem Buch »Der Dämon der Demokratie: Totalitäre Strömungen in liberalen Gesellschaften« argumentiert Ryszard Legutko, ein bekannter konservativer polnischer Philosoph und Europa-Abgeordneter der PiS-Partei, dass der Liberalismus heute zu einer großen Bedrohung geworden sei.⁷ Eine Ansicht, die viele konservative Ideologen teilen. Die Kommunisten, sagt er, waren besessen vom Klassendenken, die Liberalen von Geschlecht, sexueller Orientierung und Rasse. Dennoch verfolgten sie ein und dasselbe Ziel: die Auflösung der Familie, des Staates und der Kirche. Der liberale Konsens der Nachwendezeit sei nun vorbei, argumentiert Legutko. Die EU verfolge inzwischen eine linksliberale Agenda mit gleichgeschlechtlicher Ehe, LGBT-Rechten, Abtreibung und Multikulturalismus, der man sich widersetzen müsse. Dieser Diskurs über das dekadente Europa findet einigen Anklang bei einer Bevölkerung, die insgesamt konservativer eingestellt ist als die in Westeuropa. Der gesellschaftliche Liberalismus schlägt sowohl einen Graben zwischen den einzelnen Ländern Ostmitteleuropas als auch zwischen der Region insgesamt und Westeuropa.

Vierte Hypothese: Die historische und soziologische Schwäche des Liberalismus in Ostmitteleuropa. Historisch gesehen war der Liberalismus hier ein Import aus dem Westen. Dafür gab es sozioökonomische Gründe wie etwa die Unterentwicklung der Städte, eines Bürgertums, das oftmals gleichzusetzen war mit der deutschen und jüdischen Minderheit, und eine vergleichsweise schwache Zivilgesellschaft.

Es gab eine liberal-demokratische politische Tradition, die bis in die Zeit nach 1848 zurückgeht. Während der Österreichisch-Ungarischen Doppelmonarchie (1867-1918) befürwortete der ungarische Adel den Liberalismus mit Vertretern wie Baron Josef Eötvös, der »ungarische Tocqueville«, und ließ sogar ein Parlamentsgebäude nach dem Vorbild in Westminster errichten (nur größer!). Doch die österreich-ungarische liberale Tradition überstand das Ende der Donaumonarchie nicht. Die ungarischen Liberalen verstummten nach dem Trauma von Trianon (Verlust von einem Drittel der ungarischen Bevölkerung durch Gründung der Nachfolgestaaten) und die Österreicher wanderten nach Amerika aus (Hayek, von Mises, Schumpeter), wo sie führende Vertreter der Chicagoer Schule der freien Marktwirtschaft wurden. Die Tschechen hatten ihre liberale Ära während der ersten Repu-

7 Vgl. Legutko, Ryszard: Der Dämon der Demokratie: Totalitäre Strömungen in liberalen Gesellschaften, Wien: Karoling Verlag 2017.

blik (1918–38) unter ihrem Philosophen-Präsidenten Tomas Masaryk, doch sie überdauerte das Münchener Abkommen und den Verrat der westlichen liberalen Demokratien Großbritannien und Frankreich nicht. Die meisten anderen ostmitteleuropäischen Länder führten in den Zwischenkriegsjahren schrittweise semi-autoritäre Regimes ein.

Politisch und philosophisch lebte der Liberalismus erst in den 1970er Jahren wieder auf, als der Stern des Marxismus nach der Niederschlagung des Prager Frühlings im Sinken begriffen war und erste Widerstands- und Menschenrechtsbewegungen entstanden. Diese rehabilitierten die Sprache der Rechten (im Gegensatz zu revisionistischem Gezänk über die (Un-) Möglichkeit, den Sozialismus zu verbessern) sowie die Bedeutung der Zivilgesellschaft im Kampf gegen die Diktatur. 1989 wurde somit eindeutig als eine liberal demokratische Revolution dargestellt mit den drei Dimensionen Bürgerrechte, Rechtsstaatlichkeit und Zivilgesellschaft als unverzichtbarem Bestandteil der demokratischen Erneuerung sowie Europa als Endziel und unerlässlicher Anker für die neuen Demokratien.

Nichtsdestotrotz wurden die intellektuellen ehemaligen Dissidenten schnell mundtot gemacht und ihr liberales Erbe missachtet. Vaclav Havel stand als tschechischer Präsident für liberale Werte, selbst als die wahre Macht bereits in den Händen seines Hauptrivalen und späteren Nachfolgers Vaclav Klaus lag, einem Anhänger Margaret Thatchers (freie Marktwirtschaft, starker Nationalstaat und »Gesellschaft gibt es nicht«), der später als Unterstützer und Gastredner bei einem Bundesparteitag der AfD auftrat. Viktor Orbán begann 1989 ebenfalls als Liberaler und wurde mit einem Soros-Stipendium für ein Semester nach Oxford geschickt, um dort die Zivilgesellschaft zu studieren. Heute sind die Rechte der Zivilgesellschaft in Ungarn beschnitten und Karl Poppers Modell der Offenen Gesellschaft ist ein gefährlicher Grundpfeiler der liberalen Ideologie geworden: »Die Offene Gesellschaft ist wahrscheinlich die einflussreichste und zerstörerischste Schlussfolgerung aus dem Zweiten Weltkrieg im westlichen Denken. Ihre Bedeutung ist herausragend, da man heute mit Fug und Recht behaupten kann, dass die Offene Gesellschaft das einzige ideologisch kohärente Denkmodell im Westen ist.«⁸ Die Menschen wollen »demokratische, keine offenen Gesellschaften«, schlussfolgerte Orbán.

8 Orbán, Viktor: Rede an der Corvinus-Universität Budapest, 2018.

Fünfte Hypothese: Das Ende des liberalen Zyklus der Nachwendezeit. Da die Forderungen zur Wendezeit Demokratie, Marktwirtschaft und Europa lauteten, hätte man zum zwanzigjährigen Jubiläum sagen können »Auftrag erfüllt«. Mit einer Einschränkung: Alle drei Grundpfeiler steckten in der Krise. Im darauffolgenden Jahrzehnt wurde nur deutlicher, was sich zuvor bereits angekündigt hatte: Der liberale Zyklus der Nachwendezeit war am Ende.

Es wäre jedoch irreführend, dies als Abtrünnigkeit des »Ostens« abzutun und damit verspätete Zweifel an der EU-Osterweiterung zu nähren, die sich auf Länder erstreckt, welche die Gründungsprinzipien der EU, wie etwa Rechtsstaatlichkeit, heute offen infrage stellen. Populistische Angriffe auf den Liberalismus kamen in den letzten Jahren auch aus Ländern wie den USA oder Großbritannien, die seit dem Krieg als Stützpfeiler der liberalen Demokratie galten. Durch Trump und den Brexit fühlten sich Orbán, Kaczyński und einige andere bestärkt. Sie waren nicht länger die Quertreiber aus dem Osten, sondern die »Avantgarde« des populistischen Nationalismus, der die liberale Weltordnung nach 1989 aufgerüttelt hat.

Die Grenzen des Illiberalismus

Die illiberale Strömung unterliegt jedoch einigen bedeutenden Einschränkungen. Wenn Orbán und Kaczyński sich wirklich zum Ziel gesetzt haben, gemeinsam mit etwa Salvini und Le Pen die politische Landschaft in Europa umzugestalten, dann zeigt die transeuropäische Tragweite des Problems einmal mehr wie wichtig resiliente EU-Institutionen und der politische Wille sind, die Werte und Grundsätze zu verteidigen, auf denen sie gegründet wurden.⁹

Vielleicht wird das, wenn auch etwas verspätet, gerade in diesen Zeiten deutlich. Zum ersten Mal in ihrer Geschichte hat sich die EU auf Artikel 7 des Vertrags von Lissabon berufen, wonach bei schweren Verstößen gegen die Rechtsstaatlichkeit theoretisch das Stimmrecht des betroffenen Mitgliedsstaats ausgesetzt werden kann. Da dies jedoch die einstimmige Zu-

9 Eher durch Politik als durch Urteile des Europäischen Gerichtshofs. Letzterer spielt eine wichtige Rolle bei der Aufrechterhaltung der Rechtsstaatlichkeit in den Mitgliedsstaaten, doch die Versuchung, den EuGH bei gesellschaftlichen Themen anzurufen, ist umstritten. Selbst wenn es dabei um die »europäischen Werte« geht, da diese an sich im öffentlichen Diskurs nach wie vor Gegenstand von Kontroversen sind.

stimmung der übrigen Mitgliedsstaaten erfordert, könnte sich der jüngste Beschluss als wirksamer erweisen, Bedingungen an die Ausreichung von EU-Finanzmitteln zu knüpfen, etwa für den Konjunkturaufschwung nach der Corona-Krise oder den Zugriff auf die sogenannten Strukturfonds, die Bestandteil des EU-Haushalts sind und immerhin 3 Prozent des BIP der betroffenen Länder ausmachen.

Die zweite Beschränkung der illiberalen Tendenzen findet sich in der Gesellschaft der Länder Ostmitteleuropas selbst, die zutiefst gespalten sind und deren Politik extrem polarisiert. Sicher, Orbán hat seine Anhänger und Verbündeten unter den Regierungsführern Sloweniens (Jansa) und Serbiens (Vučić). Doch der Widerstand nimmt zu. Die Bürgermeister von Budapest, Warschau, Prag und Bratislava gaben 2018 eine gemeinsame Erklärung ab, in der sie ihre Opposition gegen die illiberale und euroskeptische Politik ihrer Regierungen zum Ausdruck bringen. Die einzige Möglichkeit, sie loszuwerden, ist die Bildung großer Koalitionen zur Verteidigung liberaler Grundsätze, von den grünen Parteien links der Mitte bis hin zu den Christen rechts der Mitte. In Polen verlor eine solche Koalition die Präsidentschaftswahl 2021 um einen Prozentpunkt. Bei den Parlamentswahlen in der Tschechischen Republik siegte eine große Koalition vor Kurzem über den populistischen Unternehmer Andrej Babis. Trotzdem wird erst die Wahl in Ungarn im April der wahre Test für die Region sein. Eine Niederlage von Orbáns Fidesz-Partei könnte das Ende der »illiberalen Demokratie« in Mitteleuropa einläuten.

Schließlich bleibt noch die geopolitische Perspektive zu betrachten. Für die Länder in Ostmitteleuropa ist ein Brexit (oder Polexit) keine ernstzunehmende Option. Wenn man sieht, wie ihre Nachbarn im Osten von einem selbstsicheren Russland destabilisiert und sogar in einen Krieg hineingezogen werden, überlegt man es sich zweimal, bevor man die Tür zur EU endgültig zuschlägt, trotz aller Unbill. Lässt man die eigene Souveränität von einem übermächtigen Nachbarn bedrohen oder teilt man sie lieber mit anderen in der EU?

In ihrer Zurückweisung europäischer Bedenken zur Situation der Rechtsstaatlichkeit in den jeweiligen Ländern setzten Orbán und Kaczyński, aber mehr noch die polnischen und ungarischen Justizminister Zbigniew Ziobro und Judit Varga, die Europäische Union mit der Sowjetunion und Brüssel mit Moskau gleich. Das ist natürlich nicht hinnehmbar und eine Beleidigung für die übrigen Europäer, die 70 Jahre lang am europäischen Projekt gearbeitet haben, das für sie mit Frieden, Demokratie und Wohlstand assoziiert ist. Die Visegrád-Staaten sind nach ihren Volksabstimmungen

aus freien Stücken beigetreten und wissen, spätestens seit dem Brexit, dass sie auch wieder austreten können.

Die stärkste Replik auf die unerhörte Behauptung, Brüssel sei das neue Moskau, kam aus Kiew, als Präsident Selenskyj in einer Rede live vor dem Europaparlament zusammengefasst sagte: »Wir möchten unbedingt der EU beitreten, weil wir eine liberale Demokratie werden wollen, wie sie die EU und das Europaparlament verkörpern«.¹⁰ Orbán und Kaczynski scheinen sich nicht zwischen russischer Autokratie und europäischer Demokratie entscheiden zu können. Präsident Selenskyj weiß das besser. Wenn russische Panzer auf heimischem Boden rollen, fällt die Entscheidung auf einmal ganz leicht.

10 Ansprache von Wolodymyr Selenskyj im EU-Parlament zur Situation in der Ukraine am 01.03.2022.